

Antrag

der Abgeordneten Eduard Lintner, Eckart von Klaeden, Klaus Brähmig, Anke Eymmer (Lübeck), Herbert Frankenhauser, Erich G. Fritz, Dr. Peter Gauweiler, Hermann Gröhe, Manfred Grund, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Joachim Hörster, Hartmut Koschyk, Ruprecht Polenz, Dr. Norbert Röttgen, Bernd Schmidbauer, Peter Weiß (Emmendingen), Karl-Georg Wellmann, Willy Wimmer (Neuss), Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Lothar Mark, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Niels Annen, Dr. Herta Däubler-Gmelin, Detlef Dzembritzki, Monika Griefahn, Brunhilde Irber, Johannes Jung (Karlsruhe), Hans-Ulrich Klose, Ute Kumpf, Markus Meckel, Dr. Rolf Mützenich, Thomas Oppermann, Johannes Pflug, Otto Schily, Dr. Ditmar Staffelt, Uta Zapf, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Eine starke Partnerschaft – Europa und Lateinamerika/Karibik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 16. Mai 2008 kommen Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU), Lateinamerikas und der Karibik (LAK) zum fünften Mal zu einem Gipfeltreffen zusammen. Das Treffen ist die Fortsetzung eines zweijährig stattfindenden Dialoges auf Gipfebene, dessen vornehmliches Ziel die Stärkung der strategischen Partnerschaft zwischen den Regionen EU-LAK durch den Austausch über gemeinsame Interessen, wichtige globale Fragestellungen und multilaterale Ansätze ist.

Nach Rio de Janeiro (Juni 1999), Madrid (Mai 2002), Guadalajara (Mai 2004) und Wien (Mai 2006) findet das Treffen 2008 in Lima statt. Auf dem ersten Gipfeltreffen in Rio wurde die strategische Partnerschaft zwischen den europäischen und den lateinamerikanischen Ländern begründet und auf den weiteren Treffen vertieft. Zentrale Themen des diesjährigen Gipfels werden Armut und soziale Kohäsion sowie Umwelt- und Klimaschutz und Energiefragen sein. Die Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und sozialer Exklusion im Rahmen einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung stellt ein Kernthema für die strategische Partnerschaft der EU-LAK dar.

Die historisch gewachsenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen basieren auf einer Vielzahl gemeinsamer Werte und Interessen und sind traditionell geprägt von wechselseitiger Sympathie und Vertrautheit: Beide Regionen setzen sich für die Achtung der Menschenrechte, die Stärkung der Demokratie und eines effektiven Multilateralismus sowie für die friedliche Beilegung von Konflikten und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein. Diese gemeinsamen Werte machen aus den LAK-Staaten und Europa

natürliche Bündnispartner. Für Europa ist LAK ein zunehmend wichtiger Partner, um gemeinsame Antworten zur Lösung globaler Probleme zu finden.

Lateinamerika, die Karibik und Europa teilen die Vorstellung, dass Demokratie und Partizipation auch in internationalen Prozessen garantiert werden müssen. Insofern sind sie klare Befürworter einer stärkeren Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an den Prozessen der Vereinten Nationen (VN). Von den Zivilgesellschaften beider Regionen, zwischen denen bereits intensive Kontakte bestehen, können wichtige Impulse zur Unterstützung zwischenstaatlicher Initiativen ausgehen.

Das Prinzip der Universalität der Menschenrechte ist in Lateinamerika und der Karibik institutionell fest verankert. Dies beweist auch die Arbeit des Interamerikanischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der die Einhaltung der amerikanischen Menschenrechtskonvention und anderer regionaler Menschenrechtsverträge überwacht. Auch den Internationalen Strafgerichtshof haben die lateinamerikanischen Staaten mehrheitlich befürwortet.

Gemeinsam können LAK und Europa ihr großes Potenzial zu einer gerechteren und sozialeren Gestaltung des Globalisierungsprozesses und zur Lösung globaler Problemfelder nutzen. In Bereichen wie Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität und Ressourcenschutz, soziale Rechte, Internationaler Strafgerichtshof, VN-Menschenrechtsrat ist LAK für Europa ein wichtiger Verbündeter. Beide Regionen tragen auch gemeinsame Verantwortung auf internationaler Ebene, insbesondere im Rahmen der VN, der Bretton-Woods-Institutionen und der Welthandelsorganisation.

Die Region Lateinamerika durchläuft seit einiger Zeit einen tief greifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel. Nahezu alle lateinamerikanischen und karibischen Regierungen sind heute demokratisch legitimiert; dennoch gibt es Staaten, in denen teilweise schwerwiegende rechtsstaatliche Defizite und die Gefahr bestehen, dass die Errungenschaften der Konsolidierungsphase verloren gehen. Einige Länder befinden sich in politisch-institutionellen Krisensituationen.

Vor diesem Hintergrund sind bestehende und weiter zunehmende Ungleichgewichte innerhalb der Region und grundlegende politische Neuorientierungen in vielen Staaten Lateinamerikas erkennbar. Neben den bestehenden konservativen und sozialdemokratisch ausgerichteten Regierungen wird eine Reihe lateinamerikanischer Länder von neuen, „linksorientierten“ Regierungen geführt, die sich in ihrer Programmatik, ideologischen Ausrichtung und gesellschaftlichen Verankerung stark sowohl untereinander als auch von der traditionellen Linken unterscheiden. Dies ist ein Ausdruck der zunehmenden politischen und ökonomischen Fragmentierung der Region. Begleitet wird diese Entwicklung mancherorts von einer zunehmenden Erosion der traditionellen Parteienlandschaften und dem Aufkommen neuer politischer Kräfte in Form von heterogenen Sammlungsbewegungen bis hin zu zum Teil gewaltbereiten Gruppen. Teilweise sind die Abkehr von institutionellen demokratischen Regeln und die Verlagerung politischer Prozesse in Bereiche außerhalb der traditionellen politischen Institutionen zu beobachten.

Die Integration der indigenen Völker und ihre gleichberechtigte Partizipation ist eine wichtige Frage, zu der die Regierungen in LAK noch keine schlüssigen Antworten gefunden haben. Die überwiegende Mehrheit der indigenen Bevölkerung lebt weiterhin am Rande der Gesellschaft. Ihre in den jeweiligen Verfassungen verbrieften Rechte müssen stärker beachtet werden, wenngleich mancherorts auch Widersprüche zwischen den Rechtstraditionen der indigenen Bevölkerung und den bestehenden verfassungsmäßigen Grundrechten bestehen.

Begünstigt durch die dynamische Entwicklung der Weltwirtschaft können Lateinamerika und die Karibik mit beachtlichen und stabilen Wachstumsraten aufwarten: Nach fünf Jahren Aufschwung und mit jährlichen Wachstumsraten von über 5 Prozent steht die Region so solide da wie selten in ihrer Geschichte. In wirtschaftlicher Hinsicht ist allerdings auch eine wachsende Abkehr vom rein marktwirtschaftlichen Wirtschaftsmodell hin zu einer stärker staatlich regulierten Wirtschaft zu beobachten. Die Anpassungsmaßnahmen im Rahmen des „Washington Consensus“ wurden in den vergangenen Jahren mehr und mehr in Frage gestellt. Auch wenn diese in den meisten Ländern anfänglich zu makroökonomischer Stabilität geführt haben, konnten sie langfristig doch keine ausreichende Antwort auf Währungskrisen und die Folgen des Globalisierungsprozesses sowie die sich weiter ausprägenden sozialen Disparitäten geben oder haben diese zum Teil verschärft.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und LAK sind intensiv. Für die Region LAK ist die EU größter ausländischer Investor und mit rund 13 Prozent zweitwichtigster Handelspartner.

Darüber hinaus ist die EU größter Geber von Entwicklungszusammenarbeit für die LAK-Staaten. Von 2001 bis 2005 hat die EU jährlich fast 500 Mio. Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt für LAK bereitgestellt.

Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit Deutschlands und anderer Mitgliedstaaten der EU mit Ländern LAKs hat eine lange Tradition und wird in der dortigen Öffentlichkeit positiv wahrgenommen. Daran kann bei der Zusammenarbeit künftig angeknüpft werden und eine Konzentration auf Gebiete erfolgen, die von beiderseitigem wissenschaftlichem Nutzen sind, wie z. B. Klima-, Umwelt- und Energieforschung sowie Nachhaltigkeitsforschung.

Der Klimawandel als gemeinsame Herausforderung

Die bestehende biregionale Partnerschaft zwischen der EU und LAK fußte bislang vor allem auf den Säulen politischer Dialog, Handel und Kooperation. Mit dem Klimawandel ist ein wichtiges neues Thema für den politischen Dialog in den Vordergrund getreten, welches für beide Seiten von großer strategischer Bedeutung ist. Die ehrgeizige Selbstverpflichtung der EU und die Tatsache, dass die Region LAK als Emissionsverursacher mit großem Reduktionspotenzial sowie auf Grund seines Ressourcenreichtums für die EU nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich interessant ist, erhöhen die potenziellen Chancen, die dieser Themenbereich für den biregionalen Dialog bietet.

Die langfristige Gewährleistung von Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum hängt für beide Regionen von der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere dem Umwelt- und Ressourcenschutz, ab. Bereits auf dem Wiener Gipfel im Jahr 2006 wurde ein politischer Dialog über Umweltfragen vereinbart. Damit wurde der Kooperation im Bereich Klimawandel, Energie und anderen umweltrelevanten Themen besondere Aufmerksamkeit geschenkt, so dass beide Regionen ihr gemeinsames Interesse an der Entwicklung einer engen Zusammenarbeit gerecht werden können.

Die rasant steigende Energienachfrage in den Schwellenländern, die wachsende Instabilität in einigen Produzentenländern und der Weltklimabericht 2007 haben gezeigt, dass ein gemeinsames Handeln der Staaten in der Energie- und Klimapolitik immer dringlicher wird. Sowohl in Europa als auch in LAK stehen diese Herausforderungen im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Für die aufstrebenden Volkswirtschaften der LAK ist eine stabile, effiziente und kostengünstige Energieversorgung wichtig. Ihr hohes Wirtschaftswachstum mit stetig steigendem Energiebedarf sowie die gravierende Unterversorgung weiter Teile ihrer Bevölkerung prägen die energiepolitischen Bemühungen. Ein abgestimmtes Handeln verspräche nicht nur Vorteile für beide Regionen, sondern

auch für die Klimapolitik im Allgemeinen. Nach Schätzungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit stammen 28 Prozent der bis 2012 erwirtschafteten Emissionsreduktionsgutschriften aus Lateinamerika. Gerade diese bringen beiden Seiten erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Die Weiterentwicklung des „Clean Development Mechanism“ (CDM) ist ein effektives Instrument der Zusammenarbeit. Die Förderung Erneuerbarer Energien und umweltfreundlicher Industrieanlagen könnte so in Entwicklungsländern vorangebracht und gleichzeitig der Klimaschutz erhöht werden. Eine weitere Kooperation bietet sich bei Biokraftstoffen an. Dabei müssen jedoch die existierenden ökologischen und sozialen Risiken, wie Landnutzungskonflikte, und die Gefährdung der Ernährungssicherheit als Folge einer erhöhten Biokraftstoffproduktion wahrgenommen und entschärft werden. Die Einführung von globalen Mindeststandards für den Anbau von Energiepflanzen und den Pflanzenanbau allgemein ist daher eine wichtige Voraussetzung bevor dieses Feld zu einem sinnvollen Kooperationsweg werden kann. Eine weitere Kooperationsmöglichkeit kann der Ressourcenschutz durch finanziellen Ausgleich von Einnahmeausfällen durch Industrieländer sein. Diese Ausfälle entstehen für Entwicklungs- oder Schwellenländer durch Nichtnutzung eigener Ressourcen, beispielsweise der Nichtrodung von Primärwäldern.

Die Länder der LAK haben die zentralen VN-Konventionen im Bereich des Umweltschutzes unterzeichnet und würden die Schaffung eines neuen multilateralen Organs für Umweltfragen mehrheitlich unterstützen.

Herausforderungen für eine neue politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenarbeit

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu LAK sind geprägt von der zunehmenden Heterogenität Lateinamerikas. Eine differenzierte bilaterale Zusammenarbeit ist durch den Abschluss von Assoziierungsabkommen mit Mexiko und Chile eingeleitet, deren Potenzial allerdings bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Über regionale Abkommen mit dem Gemeinsamen Markt Südamerikas (Mercosur), der Andengemeinschaft sowie Zentralamerika wird verhandelt. Insbesondere das Abkommen mit dem Mercosur, das bereits seit 1999 verhandelt wird, sollte nach den erheblichen Verzögerungen endlich zügig zu einem Abschluss gebracht werden. Gerade der Mercosur mit seiner expliziten Demokratieklausele und seinem tragfähigen Integrationskonzept ist ein wichtiger Partner für Dialog und Handel. Neben wirtschaftlichem Wachstum müssen ILO-Sozialstandards (International Labour Organization) und Sozialklauseln wichtiger Bestandteil der Assoziierungsabkommen sein. Ein auf fairen, vergleichbaren Sozialstandards beruhender internationaler Wettbewerb liegt letztlich auch im Eigeninteresse der EU.

Der erreichte Institutionalisierungsgrad in LAK liegt noch weit hinter dem der EU zurück. Die Bemühungen um einen Ausbau der politischen und infrastrukturellen Kooperation sollten von Europa sichtbar unterstützt werden. Gerade sie können neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen. Denn das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell mit seiner Idee von Chancengleichheit und Solidarität übt ungebrochene Anziehungskraft aus und stellt einen attraktiven Bezugspunkt für die Ansätze zur Überwindung struktureller Asymmetrien in Lateinamerika dar.

Parallel zur weiterhin angestrebten regionalen Integration der Region LAK sind ebenfalls Tendenzen zu deutlicher Binnenorientierung und stärkerer staatlicher Regulierung zu beobachten. Dies bedeutet weniger Orientierung auf den Weltmarkt und weniger Offenheit gegenüber anderen Staaten. Jedoch ist auch in diesem Bereich kein einheitliches Integrationsverständnis erkennbar. Vielmehr tragen diese neuen Integrationsdynamiken auf Grund ihres politisch begrenzten und überwiegend ressourcengetragenen Potenzials und bestehender Interessen-

gegensätze eher zu einer weiteren Zersplitterung statt zu mehr Kohärenz und einer notwendigen Vertiefung der regionalen politischen und ökonomischen Integrationsprozesse bei.

Viele lateinamerikanische Volkswirtschaften sind vom Export von Rohstoffen abhängig, der hohe Renditen ermöglicht. Diese wirken sich jedoch nicht zwangsläufig positiv auf die heimische wirtschaftliche wie politische Entwicklung der einzelnen Länder aus. Vor allem auf Grund des derzeitigen Ressourcenbooms konnten die Länder Lateinamerikas in den vergangenen Jahren ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum erreichen. Dabei treten neue, attraktive Handelspartner wie Indien und China auf, die nicht nur die wirtschaftlichen Kooperationsmöglichkeiten für LAK bedeutend erweitern, sondern damit gleichermaßen den Handlungs- und Einflussspielraum der „alten“ Partnerregionen Europa und Nordamerika erheblich verringern.

Nach dem Gipfeltreffen 2004, das bereits die Förderung der sozialen Kohäsion in das Zentrum der Bemühungen beider Regionen gestellt hatte, sollen auf dem Lima-Gipfel nun die Maßnahmen zur Minderung von Armut, Diskriminierung und der Anerkennung grundlegender sozialer Rechte diskutiert werden. Kernthemen des diesjährigen Gipfels sind die Förderung sozialer Kohäsion sowie Umwelt- und Klimaschutz und Energiefragen. Denn LAK weist weltweit immer noch die größte Ungleichheit bei der Verteilung von Besitz und Einkommen auf. Die Frage der sozialen Inklusion und Verteilungsgerechtigkeit sind zentrale Herausforderungen für die meisten lateinamerikanischen und karibischen Gesellschaften und haben eine neue Debatte über die ordnungspolitische Rolle des Staates aufgeworfen. Öffentliche Unsicherheit, Gewalt sowie die Bedrohungen, die von paramilitärischen Verbänden, Guerillaorganisationen, kriminellen, transnationalen Netzwerken und Drogenkartellen ausgehen, stellen ein grenzüberschreitendes und gravierendes Problem dar, welches die demokratischen Institutionen unterwandert und destabilisiert. In einigen lateinamerikanischen Ländern hat dies bereits zur Schaffung rechtsfreier Räume und teilweise zum Verlust des staatlichen Gewaltmonopols geführt.

Mit dem bestehenden kontinuierlichen Dialog auf vielen Ebenen sowie den regelmäßigen Treffen auf höchster Ebene ist der politische Dialog zwischen EU-LAK in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt worden; sind Verständnis füreinander und Partnerschaft miteinander gewachsen. Durch die Erweiterung der EU und die wachsende Differenzierung von Positionen in LAK sind die gegenwärtigen Formen des politischen Dialoges und der Kooperation zwischen beiden Regionen in eine neue Phase eingetreten und werden mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Diesem Tatbestand muss auch das künftige Format des Austausches Rechnung tragen, um der Partnerschaft mit neuen Zielsetzungen den notwendigen Auftrieb zu verleihen. Von den Ergebnissen des Wiener Gipfels ist nicht das erwartete deutliche Signal hierfür ausgegangen. Deshalb setzt sich der Deutsche Bundestag umso stärker dafür ein, dass auf dem Lima-Gipfel deutliche Fortschritte erreicht werden.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass in den letzten Jahren mit den Treffen der Staats- und Regierungschefs und der Minister die strategische Partnerschaft neu begründet wurde und dass diese auch auf parlamentarischer Ebene durch regelmäßige Treffen des lateinamerikanischen und des europäischen Parlamentes (EUROLAT-Treffen) mit Leben erfüllt wird;
- dass der intensive Dialog zwischen Europa und LAK auch bei unterschiedlicher Entwicklung der einzelnen Länder immer weiter geführt wird und dieser Austausch auf allen Ebenen – Regierungen, Parlamente, Zivilgesellschaft – zur Bindung an demokratische Grundwerte beiträgt;

- dass die Bundesregierung in der Zeit zwischen den Gipfeln von Wien und Lima die biregionale Zusammenarbeit durch zwei eigene Initiativen in sehr konkreter Weise voranbringen und vertiefen konnte, nämlich im September 2007 durch das EU-LAK-Expertenseminar zur Sicherheit von Lagerbeständen an Kleinwaffen und Munition in San José sowie durch das hochrangige EU-LAK-Forum zur Rolle der Fiskalpolitik für die soziale Kohäsion im März 2008 in Berlin;
- dass es Deutschland im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr gelungen ist, die Zusammenarbeit EU-LAK deutlich voran zu bringen. So konnten im ersten Halbjahr 2007 die Assoziierungsverhandlungen mit der Andengemeinschaft und mit Zentralamerika erfolgreich gestartet und die strategische Partnerschaft der EU mit Brasilien angebahnt werden;
- dass bereits mit zwei wichtigen Partnern, Mexiko und Chile, Assoziierungsabkommen geschlossen wurden und durch die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zwischen Deutschland und Mexiko eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten vereinbart wurde;
- dass Deutschland durch seinen Beitritt zur Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) als Beobachter sowie durch den bevorstehenden Beitritt zum Zentralamerikanischen Integrationssystem SICA (Sistema de la Integración Centroamericana) einen Beitrag zur Unterstützung der regionalen Integrationsbemühungen leistet;
- dass im Wissenschaftsbereich viele konkrete Kooperationsprojekte bestehen, z. B. die EU-Programme mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Hochschulraumes (Erasmus Mundus, Alßan und Alfa) sowie dem regelmäßigen Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern;
- dass LAK auch in der deutschen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik eine herausragende Rolle spielt; so wurde mit Blick auf Lateinamerika die Förderung der deutschen Auslandsschulen, der Goetheinstitute und der Deutschen Welle ausgebaut, die einen wichtigen Beitrag für den Ausbau der deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen leisten;
- dass es in Bali in der Kyoto-Nachfolge bereits zahlreiche Übereinstimmungen bei grundlegenden Positionen zum weltweiten Schutz des Klimas gab.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

- sich mit den LAK-Staaten im multilateralen Rahmen, insbesondere im Vorfeld wichtiger Konferenzen, noch enger und systematischer abzustimmen, sowie neue Partnerschaften auszubauen, denn in keiner anderen Region der Welt findet Europa ein höheres Maß an Übereinstimmung bei der Bejahung eines „effektiven Multilateralismus“ vor;
- die Zusammenarbeit auch in Sicherheitsfragen weiterzuentwickeln und gemeinsam dafür zu sorgen, dass Abrüstung wieder einen höheren Stellenwert auf der internationalen Agenda erhält. Die Nichtverbreitungsregime für Waffen und Massenvernichtungsmittel müssen gestärkt und die internationale Rüstungskontrolle ausgebaut werden. Den dazu nötigen politischen Willen bei allen Regierungen herzustellen sollte ein wichtiges gemeinsames Projekt in der strategischen Partnerschaft beider Regionen sein;
- den politischen Dialog auch mit neu entstandenen Bewegungen und politischen Kräften als Prävention zur Verhinderung von Krisen und zur Gestaltung des sozialen Wandels mit den Eliten der Länder zu führen;

- konkrete politische Beratungsmaßnahmen in Sektoren wie Demokratieförderung, Good Governance, Staatsmodernisierung oder Förderung der regionalen Integration auch mit neuen Partnern durchzuführen und dabei intensiv auf die bewährte Arbeit der politischen Stiftungen, die bereits in einem erheblichen Maße zum Aufbau und zur Stärkung der Zivilgesellschaft sowie der politischen Institutionen und Strukturen in LAK beitragen, zurückzugreifen;
- den strategischen Dialog mit Mexiko und Brasilien als gewichtige internationale Akteure auf allen Ebenen weiterhin intensiv zu pflegen und gemeinsam politische Initiativen mit langfristigem Charakter zu entwickeln;
- in den wichtigen Bereichen der Krisenprävention, Konfliktlösung, Friedensentwicklung, Demokratisierungshilfe und Achtung der Menschenrechte verstärkt mit geeigneten Partnern in LAK zusammenzuarbeiten. Dafür sollte insbesondere auch die auf diesen Gebieten erfolgreich tätige OAS (Organization of American States) als Partner stärker genutzt werden;
- sich auf internationaler Ebene gemeinsam für eine größere Transparenz der Finanzmärkte, eine angemessene Regulierung und Überwachung sowie wirksame Wettbewerbsregeln einzusetzen;
- bei den europäischen Partnern und der Europäischen Kommission auf den zügigen Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur zu drängen. Die EU muss bei den Verhandlungen stärker die Chancen eines solchen Bündnisses in den Vordergrund stellen und die Bewahrung europäischer Besitzstände zurückstellen;
- darauf hinzuwirken, dass die ebenfalls begonnenen Assoziierungsverhandlungen mit der Andengemeinschaft und den Ländern des SICA zügig weitergeführt werden;
- die Zusammenarbeit in den zukunftssträchtigen Bereichen der Reduzierung klimaschädlicher Gase durch den Emissionshandel, des Ressourcenschutzes und der energiepolitischen Kooperation bei der Förderung Erneuerbarer Energien und bei Biokraftstoffen intensiv voranzutreiben. Bei der Produktion von Biokraftstoffen muss allerdings eine Voraussetzung der Zusammenarbeit die doppelte Nachhaltigkeit der Prozesse sein;
- darauf hinzuwirken, dass sich beide Seiten für eine effektivere Drogenbekämpfung einsetzen und dabei die bestehenden Konzepte, wie den EU-Drogenaktionsplan 2005 bis 2008 sowie die EU-Drogenstrategie 2005 bis 2015, umsetzen. So können sowohl Konsumenten- als auch Produktionsländer ihrer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden;
- auch die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regionen weiter auszubauen und ein Konzept für die kulturelle und bildungspolitische Zusammenarbeit sowie die Koordinierung eines effektiven, modernen Außenauftritts Deutschlands mit der Partnerregion Lateinamerika im Kontext der bevorstehenden „Bicentenario“-Feierlichkeiten der Unabhängigkeit zu entwickeln. Dabei sollte nach Möglichkeit auch indigene Kultur gefördert werden. Damit soll das gegenseitige Verständnis verbessert, das europäische Profil in Lateinamerika gestärkt, sowie umgekehrt die Wahrnehmung Lateinamerikas in Europa verbessert werden.

Berlin, den 7. Mai 2008

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion**

